



Brüssel, den 31. Oktober 2025
(OR. en)

14534/1/25
REV 1

LIMITE

EF 355
ECOFIN 1422
SIMPL 159

EIB
ECB

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung

a) Jährliche Fortschrittsberichte für 2025

b) Jährlicher zusammenfassender Bericht für 2025

– Vorstellung durch die Kommission

– Gedankenaustausch

1. Am 21. Oktober 2025 veröffentlichte die Kommission die jährlichen Fortschrittsberichte für 2025 der Kommissionsmitglieder Valdis Dombrovskis (ST 14495/REV1/25) und María Luís Albuquerque (ST 14496/REV1/25) über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung. In den beiden Berichten werden die wichtigsten Maßnahmen hervorgehoben, die von Januar bis Juli 2025 im Bemühen um Vereinfachung in den jeweiligen Politikbereichen der Kommissionsmitglieder ergriffen wurden.
2. Am selben Tag veröffentlichte die Kommission auch den zusammenfassenden Bericht über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung für 2025 (ST 14498/REV1/25), den Kommissionsmitglied Valdis Dombrovskis in seiner Eigenschaft als Kommissar für Umsetzung und Vereinfachung erstellt hat. Dieser Bericht umfasst die von der Kommission in den ersten Monaten des Jahres 2025 vorgeschlagenen sechs „Omnibus“-Pakete sowie weitere Vorschläge mit dem Ziel, den Verwaltungsaufwand zu verringern und Rechtsvorschriften zu vereinfachen.
3. Am 23. Oktober 2025 bekräftigte der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen, „dass dringend eine ehrgeizige und horizontal ausgerichtete Agenda für Vereinfachung und bessere Rechtsetzung auf allen Ebenen, d. h. auf EU-Ebene, auf nationaler und auf regionaler Ebene, sowie in allen Bereichen vorangebracht werden muss, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas sicherzustellen“, forderte „die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe nachdrücklich auf, ihre Arbeit an allen Dossiers, die eine Dimension im Zusammenhang mit der Vereinfachung oder der Wettbewerbsfähigkeit aufweisen, als besonders vorrangige Angelegenheit zu beschleunigen“, und forderte weitere konkrete Maßnahmen, um „eine Überregulierung und die Einführung neuer Verwaltungslasten“ zu vermeiden.
4. Der Rat wird nun ersucht, im Lichte der oben genannten Berichte (Nummern 1 und 2) , die die Europäische Kommission auf der Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) am 13. November vorstellen wird, einen Gedankenaustausch über Vereinfachung, Umsetzung und Durchsetzung zu führen.